

**Organspendezahlen**

## Weiterhin auf niedrigem Niveau

Die Organspendezahlen haben in den Monaten Januar bis Oktober 2023 den unerwarteten Rückgang im Vergleichszeitraum 2022 zwar wieder kompensiert, bewegen sich aber immer noch auf niedrigem Niveau. Dies zeigen die beim Jahreskongress der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) Mitte November vorgestellten Daten. So gab es in diesem Zeitraum in den rund 1.200 Entnahmekrankenhäusern 788 postmortale Organspendeinnen und Organspender, eine Steigerung von rund elf Prozent gegenüber 2022. Die Summe der in Deutschland entnommenen Organe, die über die internationale Vermittlungsstelle Eurotransplant allokiert und schließlich in Deutschland oder im Ausland transplantiert wurden, lag bis Oktober 2023 bei 2.381 (Vorjahreszeitraum: 2.180).

Von den insgesamt 2.821 gemeldeten potenziellen Organspenden im Zeitraum von Januar bis Oktober 2022 konnte nur ein Drittel realisiert werden. Rund die Hälfte der nicht erfolgten Spenden scheiterte an einer fehlenden Zustimmung. In lediglich 35 Prozent der Fälle war der mündliche oder schriftliche Wille des Verstorbenen entscheidend. Eine



Nur bei 15 Prozent der möglichen Organspender lag 2022 eine schriftliche Willensbekundung vor.

Foto: fovito/stock.adobe.com

schriftliche Willensbekundung lag nur bei 15 Prozent der möglichen Organspenden vor.

Zur Kongresseröffnung wies Bundesgesundheitsminister Professor Dr. Karl Lauterbach darauf hin, dass Deutschland bei den Organspendezahlen im internationalen Vergleich ganz unten stehe. „Das ist beschämend und für die betroffenen Patientinnen und Patienten ist es lebensbedrohlich“, sagte der Minister. Daher habe er sich für eine Widerspruchslösung stark gemacht und bedauere das Scheitern der Initiative im Bundestag. *tg*

**Datenschutz**

## Gefahr des gläsernen Patienten

1974 ist das Jahr der großen Rücktritte: Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt tritt im Mai von seinem Amt zurück, nachdem sein persönlicher Referent, Günter Guillaume, als DDR-Spion enttarnt wurde. Helmut Schmidt wird Bundeskanzler. Als Vizekanzler tritt

Dietrich Genscher an seine Seite. Jenseits des Atlantiks erklärt der amerikanische Präsident Richard Nixon vor dem Hintergrund seiner Rolle in der „Watergate-Affäre“ im August seinen Rücktritt. Die

von Willy Brandt eingeleitete Ostpolitik zeigt erste greifbare Auswirkungen. Das Reisen zwischen BRD und DDR wird erleichtert und die Kooperation mit Polen und der Sowjetunion wird durch Abkommen auf verschiedenen Ebenen intensiviert. Die Bundesrepublik wird Fußballweltmeister im eigenen Land.

Der Leitartikel im *Rheinischen Ärzteblatt* (RÄ) vom 10. Januar 1974 titelte „1984 – Der Computer und die nummerierten Bürger“, in Anspielung an den Roman „1984“ von George Orwell aus dem Jahr 1948. Der RÄ-Autor warnt vor einer unkontrollierten Speicherung von personenbezogenen Daten. „Unerträglich aber kann die Gefahr werden, wenn es gelingt, alle Daten aus allen Lebensbereichen in einem einzigen System zu speichern oder einen Verbund zwischen verschiedenen Systemen herzustellen.“ Er warnt mit Blick auf medizinische Daten davor, den Persönlichkeitsschutz zu vernachlässigen. „Wenn der Schutz des Individuums in seiner Intimsphäre nicht mehr gewährleistet werden kann, ist auch ein Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt – eine der wichtigsten Grundlagen jeder Therapie – kaum noch vorstellbar.“ *bre*

**Welt-Aids-Tag**

## Laumann beklagt Diskriminierung

Menschen mit HIV oder Aids seien immer noch zu oft Diskriminierung ausgesetzt, sagte NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann anlässlich des Welt-Aids-Tags am 1. Dezember. Die Angst vor Diskriminierung könne für Betroffene zu einem Hemmnis werden, eine Beratungsstelle aufzusuchen; dabei verringere eine frühzeitige HIV-Diagnose das Risiko schwerwiegender Erkrankungen, heißt es aus dem Ministerium. In NRW sei der Anteil der Menschen mit HIV, die erst in späteren Stadien diagnostiziert werden, konstant hoch. Ende des Jahres 2021 lebten in NRW 19.400 Menschen mit HIV oder Aids, davon waren 15.700 männlich. *tg*

**Gesundheit**

## Kompetenz in NRW fördern

Die Mitglieder der Landesgesundheitskonferenz, darunter Vertreter der Ärzteschaft, der Pflege, der Selbsthilfe und der Krankenkassen, haben Maßnahmen zur Stärkung der individuellen Gesundheitskompetenz vereinbart. Konkret geht es etwa darum, dass die Akteure im Gesundheitswesen einen leichten Zugang zu Gesundheitsinformationen und -diensten bieten. Antragsprozesse, Bescheide, Formulare und Verträge der Kosten- und Leistungsträger sollen so weit wie möglich vereinfacht werden. Dazu gehört auch die Bereitstellung von Informationen in verschiedenen Sprachen. Gezielt soll die Fähigkeit, sich im Gesundheitssystem zurechtzufinden, verbessert werden. *tg*

**RA** VOR 50 JAHREN